

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Das Begräbnis der Schulvorlage.

So ist nunmehr auch das amtliche Begräbnis der Schulvorlage erfolgt. Der Ministerpräsident, Graf Eulenburg, hat am Montag die Zurücknahme des Gesetzes in formeller Weise angekündigt, nachdem die Beratungen in der Kommission nicht zu einer Verständigung geführt, auch die Ansicht auf eine solche nicht eröffnet hätten, so daß ein befriedigendes Ergebnis nicht zu erwarten gewesen wäre. Damit wird in offizieller Weise bestätigt, daß die Staatsregierung allerdings der Ansicht war, daß ein solches Gesetz nur mit Unterstützung auch der Mittelparteien gemacht werden könne, eine Verständigung, die den Schmerz über den erlittenen Verlust in den Reihen der Konserverativen und Liberalen noch einmal in seiner ganzen Stärke erneuert hat. Das kam in dem Bischof zum Ausdruck, mit dem die Rechte und das Zentrum die Anführung des Grafen Eulenburg begleiteten, und das bekundete auch die scharfen Bemerkungen, die von der „Kreuz-Zeitung“ und der „Germania“ an dessen Rede geknüpft wurden. Sie enthält, wie das ultramontane Blatt bemerkt, kein Programm. Aber die Zurücknahme des Schulgesetzes spricht deutlicher als die längste Programmschrift, sie ist es, die wir vor allem mit Freude und Genugthuung begrüßen. Wenn man im Herrenhause dann noch weiter auf die Angelegenheit eingegangen ist, und wenn hier Graf Eulenburg sich veranlaßt sah, die Angriffe auf den Abgeordneten v. Bennigsen und die Regierung zu erneuern, die mit zweierlei Maß meiste, gegen den Grafen Eulenburg-Situm disziplinarisch einschreite, den Abgeordneten v. Bennigsen aber unbedingte, so ist für uns das lediglich von symptomatischer Bedeutung, symptomatisch insofern, als es die Stärke der Erregung bekundet, die sich der konservativen Kreise bemächtigt hat. Wir haben die Maßregelung des Grafen Eulenburg bedauert; aber wir bedauern nicht minder die Hege, die auf der ganzen Front des Junkertums und seiner Presse jetzt, wie es scheint, auf Veranlassung gegen Herrn v. Bennigsen eröffnet wird. Uebrigens hatte darin Graf Eulenburg, der für den angegriffenen Reichsanwalt antwortete, sicher recht, wenn er die Erwähnung zu einer Gleichstellung der beiden erwähnten Fälle beifügt. In dem Falle des Grafen Eulenburg handelte es sich um eine außerparlamentarische Rumbegung, in der die auswärtige Politik der Regierung in scharfster Weise angegriffen wurde, in dem zweiten Falle um die Auslassung eines Abgeordneten im Parlament, die an sich schon keinerlei Verletzung zum Einschreiten gegeben hätte, aber auch jählich keinerlei Veranlassung bot. Was hätte mit den Beamten geschehen müssen, die im vorigen Jahre die Opposition gegen die Landgemeindeordnung führten? Der neue Kultusminister erklärte, daß er auf dem Boden des positiven christlichen Bekenntnisses stehe. Aber, so fügte er hinzu, er sei auch tief durchdrungen davon, daß mit diesem Bekenntnis Unabwieslichkeit und Fanatismus nicht verbunden zu sein brauchen. Wenn das Bekenntnis des Herrn Dr. Boffe den Zweck verfolgte, die Erregung der Konserverativen über den Rücktritt des Grafen Eulenburg zu lenken, so giebt der Nachsage die Berührung, daß, wenn der Verlust, das Unterrichtsweisen zu regeln, erneut in Angriff genommen werden sollte, von ihm alle Einseitigkeiten werden fern gehalten werden, an denen der jetzige Entwurf schließlich doch gezeichnet ist. Die Art, wie die „Germania“ jetzt bereits wieder in allem Kampfstimmung ihr Schulprogramm in den Vordergrund rückt, wird die Regierung nur zu doppelter Vorsicht bei neuen Schritten auf einem so schwierigen Gebiete mahnen müssen.

Deutschland.

Berlin, 29. März. Am heutigen Tage ist in der Armee ein größeres Vancement zu verzeichnen, das morgen Nachmittag in einer Sonderausgabe des „Militär-Wochenblattes“ veröffentlicht werden wird. Aus den Beförderungen in den höheren Chargen sind wir in der Lage, bereits vorweg einiges mitzuteilen: General-Major v. Münnich, bisher Kommandeur der 61. Infanterie-Brigade, unter Beförderung zum General-Lieutenant zum Kommandeur der 15. Division. — Oberst Frhr. v. Böcklin, bisher Kommandeur des 4. Garde-Regiments zu Fuß, an seiner Stelle unter Beförderung zum General-Major zum Kommandeur der 61. Infanterie-Brigade. — Oberst Frhr. v. Gemmingen, bisher Chef des Generalstabes des 7. Armeekorps, zum Kommandeur des 4. Garde-Regiments — und Major v. Bockisch, bisher im ersten Garde-Regiment z. F., unter Beförderung zum Oberst-Lieutenant zum Chef des Generalstabes des 7. Armeekorps ernannt worden. Im 1. Garde-Regiment z. F. ist der Major Graf v. Rantz zum Bataillons-Kommandeur, Hauptmann von Westerbuag zum Major, Premier-Lieutenant Frhr. v. Mülling zum Hauptmann und Kompanie-Chef und Sekonde-Lieutenant Frhr. von Humboldt-Dachroben zum Premier-Lieutenant ernannt worden. Der bisherige Kommandeur des Regiments der Garde zu Fuß, Oberst Frhr. v. Bissing, hat den Rang eines Brigaden-Kommandeurs erhalten. Vom Garde-Füsilier-Regiment ist Oberst-Lieutenant Frhr. v. Dudenbrock in das Füsilier-Regiment General-Feldmarschall Prinz Albrecht von Preußen (hannoversches) Nr. 73 befördert. Für ihn ist Major v. Voigtke-Ried Bataillons-Kommandeur geworden. Oberst Frhr. v. Schleinitz ist General-Major und Kommandeur der 21. Infanterie-Brigade geworden. Für ihn hat der kgl. württembergische Oberst v. Wiffingen das Kommando des Regiments von Goeben (2. rheinisches) Nr. 28 erhalten. Oberst-Lieutenant v. Rente-Hint ist als Oberst zum Chef des Generalstabes in Posen und Major zum Oberst-Lieutenant zum Chef des Generalstabes beim Gouvernement Wies ernannt. Oberst Schenk ist zum General-Major und Kommandeur der 35. Infanterie-Brigade, Oberst v. Lippe, bisher im Infanterie-Regiment Vogel von Falckenstein (7. westfälisches) Nr. 56 zum Kommandeur des niederrheinischen Füsilier-Regiments Nr. 39 ernannt. Im Kaiser Franz-Regiment ist der Major Frhr. v. Voentz unter Beförderung zum Oberst-Lieutenant zum etatsmäßigen Stabs-Offizier im Infanterie-Regiment Graf Willow von Duenow (6. westfäl.) Nr. 55 ernannt. Für ihn ist der Major v. Briesen, bisher im großherzoglich heßischen Infanterie-Regiment

garde-Regiment Nr. 116, als Bataillons-Kommandeur in Kaiser Franz-Regiment versetzt.

Die große militärische Bedeutung des Mittelkanals und der Wasserstraßen im Allgemeinen ist wiederholt hervorgehoben worden. Schon im November 1890 hat der Kaiser gelegentlich eines Essens beim Reichsanwalt darauf hingewiesen, und seitdem hat der oberste Kriegsherr wiederholt die Gelegenheit wahrgenommen, sogar in einer Gesellschaft von Generalen und Offizieren in einem längeren Vortrage über den Rhein-Weber-Elbe-Kanal dessen großen Nutzen bei militärischen Transporten im Falle eines Krieges betont. Durch den Kanal werden zunächst die Stromgebiete des Rheins, der Weser und der Elbe miteinander verbunden. Nach Fertigstellung der neuen Wasserstraße ist es möglich, daß Elbe, Oder und Weichsel bereits durch Kanäle — die schon vor Jahrhunderten in Angriff genommen und vollendet wurden — vereinigt sind, ein beladenes Schiff vom äußersten Osten Deutschlands nach dem Rhein und seinen Nebenflüssen zu schaffen. Nach Zubereitungen des Mittelkanals gelangt man zu Schiff vom Main und Neckar, von den Kanälen der Reichslande und der Mosel, von der Saale, der Ruhr und Lippe aus dem Rhein in die Weser und Elbe, durch die Kanäle in die Davel und die Spree zur Oder, Weichsel und Memel. Durch den Rhein-Elbe-Kanal werden sämtliche deutschen Ströme — auch die Donau ist nicht ausgenommen, denn sie hat durch den Ludwigskanal Verbindung mit dem Main — mit einem Schläge zu einem wirkungsvollen Netze vereinigt. Die einzelnen Hauptzüge dieses Netzes nach und nach so zu verbessern, daß Schiffe von einigermaßen rentabler Tragfähigkeit — welche wohl schwerlich die Abmessungen der immer größer werdenden größten Rheinschiffe haben werden — auf ihnen überall fahren können, muß als eine Aufgabe der Staaten für die nächsten Jahrzehnte angesehen werden. Das Reich wird die Vervollständigung der Wasserstraßen aus militärischen Rücksichten fordern müssen.

Das polnische Blatt „Przegląd“ macht auf eine von ihm veröffentlichte Wiener Korrespondenz besonders aufmerksam. In dieser wird hervorgehoben, daß die militärischen Maßnahmen Russlands unablässig fortgesetzt werden, und wird der Verdacht ausgesprochen, daß man russischerseits die Hungersnot dazu benütze, vielfache Truppenverlegungen durch den Dniepr darauf, daß sie wegen des in den verschiedenen Bezirken, in denen sich die Truppen bisher befanden, herrschenden Notstandes erforderlich seien zu bemerken. Derselben Meldung zufolge hätte es mit der beabsichtigten Zusammenlegung der Militärbezirke von Warschau und Wilna seine Richtigkeit und würde der ehemalige Zivil-Gouverneur von Warschau, Wehm, wieder mit dieser Stellung betraut werden.

Daß auch die sogenannten Notstandsarbeiten hauptsächlich für militärische Zwecke ausgeführt werden, geht aus einem Petersburger Berichte der „Pol. Kor.“ hervor, nach welchem das Vordringen der Regierung darauf gerichtet ist, bei den in Angriff zu nehmenden Notstandsarbeiten in erster Linie jene zu fördern, die geeignet sind, gewisse seit langem gehegte Wünsche der Armeeverwaltung zu verwirklichen. Dahin gehören die projektierte Verstärkung mehrerer Infanterie-Regimenten zu den das Gouvernement Sibirien durchziehenden Eisenbahnlinien, ferner der Bau einer großen Brücke über den Narew-Fluß bei Jarz. Außerdem sollen in Volynien mehrere Bauten von Kasernen und militärischen Verpflegungsmagazinen ausgeführt werden.

Belgien hat nach der letzten Volkszählung 954 männliche und 1132 weibliche Personen, zusammen mit einer ortsanwesende Bevölkerung von 2086 Personen.

Domanje (Schloß), 26. März. Die heutige erfolgreiche Beilegung der Grafen Wilhelm von Brandenburg trug einen durchaus privaten Charakter. Die Beilegung trat mit dem sehr planmäßigen Personenzug früh auf Bahnhof Ingramsdorf ein. Gleichzeitig langten auch die gräflichen Brüder Friedrich und Gustav von Brandenburg, sowie eine beschränkte Anzahl Berliner Herren an. General Graf Friedrich von Brandenburg, der einzige in Uniform, trug die Uniform der Garde du Corps. Mehrere Wagen brachten die Herren des Trauergeleits alsbald nach dem Schloß Domanje, während die Leiche nachfolgte. Der Doppelkutsch, Zim und Kutsche, wurde auf den Gala-Leidenwagen des schweidnitzer Verordnungs-Instituts „Pietät“ gehoben; ein zweiter Wagen nahm die überaus reiche Zahl der prachtvollen Kränze und Palmenzweige auf. Von besonderer Pracht waren die Kränze, welche Kaiser Wilhelm und Kaiserin Augusta Viktorja, und Kaiserin Friedrich gesandt hatten. Zum Empfang der Leiche hatten sich die Geistlichen beider Konfessionen, Ständedirektor Runge, die übrigen Beamten der Gutsbesitzer und eine Abordnung der politischen Gemeinde Domanje eingefunden. Der Leidenzug wurde an der Domanjer Feldmark von den Lehrern und der Schuljugend eingeholt und ins Gotteshaus geleitet. Dort fand um 1 Uhr Mittags die Beilegungsfeier statt. Nach einem Chorale hielt der Ortsgemeinde, königliche Superintendent Raud, die Trauerrede über das Bibelwort: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich Dir die Krone des Lebens geben.“ Danach wurde der Sarg von Arbeitern des Heimgegangenen nach der Gruft getragen und dort beigesetzt. Mit dem Chorale: „Wenn ich einmal soll scheiden“ hatte die Feier um 2 Uhr ihren Abschluß erreicht.

Niel, 28. März. Am 24. März war in Wilhelmshafen Termin an dem vier Versteigerung der beiden ausgerichteten Kriegsschiffe Korvette „Victoria“ und Aviso „Falk“. Das Höchstgebot für die „Victoria“ (1826 Tons groß) betrug 62,500 Mark und für den „Falk“ (1018 Tons groß) 21,300 Mark. Beide Angebote waren von einer Berliner Firma; die Approbation wurde vorbehalten.

Der aus der Liste der Kriegsschiffe gestrichene Aviso „Pommerania“ (400 Tons groß), welcher an ein hiesiges Konfitorium für 12,000 Mark verkauft wurde, wird nunmehr umgebaut und mit Dreimaßstafelung versehen. Der Dampfer soll in Zukunft als Schulschiff für Maschinisten an der Handelsmarine dienen.

Frankfurt a. M., 29. März. (W. L. B.) Ein von der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichtes Kabeltelegramm von Wilms aus New York meldet, dem Rückgange der Northern-Pacific-Werte liege keine spezielle Ursache zu Grunde.

Die laufenden Brutto-Einnahmen stellten sich bei wesentlich niedrigeren Betriebskosten so hoch wie im verfloffenen Jahre, es befänden überhaupt keine finanziellen Schwierigkeiten irgend welcher Art.

Bremen, 29. März. (W. L. B.) Der Güterzug 522 entgleiste heute Nachmittag, von Bremen kommend, bei Stubben. Drei Waggons wurden aus dem Geleise geworfen. Die von hier und Geseimilnde kommenden Personenzüge tauchten an der Unfallstelle die Passagiere aus und fuhr dann zurück. Man hofft, heute Abend das Geleise wieder frei zu haben.

Weimar, 28. März. Zum Besten des Kinderheilbades in Salza und des Baues einer evangelischen Kirche in Tegernsee haben am Sonnabend und heute Dilettanten-Vorstellungen im hiesigen Hoftheater stattgefunden. Die Darsteller waren ausschließlich Mitglieder der Hofgesellschaft. Auf dem Zettel stehen verzeichnet: Prinz und Prinzessin Wittgenstein, Graf und Gräfin Görz, Graf Hensel, Gräfin Hahn, Hofmarschall v. Dörsler, Oberhofmeister Donop, Prinz Bernhard von Sachsen-Weimar, Oberst-Lieutenant von Seckenborff und zahlreiche junge Damen und Herren aus den Hofkreisen. Zur Aufführung kamen nach einigen lebhaften Bildern Szenen aus dem „Don Juan“, dann als Hauptstück „Der Registrator zur Reife“. Die Aufführung war sehr gelungen. Die Beilegung des Publikums war an beiden Abenden ganz außerordentlich, das Haus war am ersten Abend ganz ausverkauft und auch heute sehr gut besetzt, so daß für die wohlthätige Zwecke recht reichliche Einnahmen erzielt worden sein dürften.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. März. (W. L. B.) Die „Politische Kor.“ meldet aus Belgrad, daß die Nachrichten von bevorstehenden Reisen des Königs Alexander nach Bulgarien, Konstantinopel und Athen seien sämtlich verfrüht. Bisher sei kein endgültiger Beschluß gefaßt. Derselben Blatte zufolge sind die österreichisch-serbischen Handelsverhandlungen gestern bis zur Beendigung der ersten Lesung des Zolltarifes geblieben.

Schweiz.

Bern, 27. März. Laut amtlicher Mitteilung des eidgenössischen Finanzdepartements ergibt die Staaterechnung für 1891 73,012,038 Mark Ausgaben und 69,041,927 Mark Einnahmen. Also einen Ausgabebelastung von 3,970,111 Mark. Davon kommen noch gemäß Bundesbeschluss vom 23. Juni 1891 932,870 Mark in Abzug, verbleiben 3,037,241 Mark Ueberbisch.

In einer gestern abgehaltenen kurzen Sitzung des Verwaltungsraths der Jura-Simplon-Bahngesellschaft wurde ein Auspruch für Prüfung des Budgets der Betriebsausgaben des Jahres 1892 angelegt und unter anderem die Wahl des Nachfolgers des Herrn Marti in die Direktion auf eine am 12. T. M. abzuhaltende Sitzung anberaumt.

Bern, 28. März. Behufs Besprechung der Hauptfragen der eidgenössischen P. Lit. wird demnächst in Luzern eine von den freigesetzten einberufenen Volksversammlung stattfinden. Die freigesetzten anderer Kantone werden dem Beispiele folgen.

Belgien.

Der belgische Minister des Auswärtigen Fürst von Chimay ist vorgestern gestorben. Geboren am 9. Oktober 1836, trat er früh in diplomatischen Dienst, war von 1870 bis 1878 Gouverneur des Hennegau und erhielt 1884, als die Ministerien wieder aus Ruher gelangten, das Amt eines Ministers des Auswärtigen, das er mit Ruhe und Geschick versah. Nur einmal wurde sein Name in die große Öffentlichkeit gerufen. Es war dies anlässlich der sogenannten „Nieder-Angelegenheit“, wo Fürst Chimay beschuldigt wurde, Staatsdokumente an Frankreich für Geld ausgeliefert zu haben. Es stellte sich allerdings bald heraus, daß ein ehemaliger Dozent der Minister, Faurcoud de Monbion, diplomatische Aktenstücke, die er zu Gesicht bekommen haben mochte, heimlich, andere gefälscht und dieselben General Boulanger für 32,000 Franks verkauft hatte. In inneren Angelegenheiten galt der Minister als überzeugter Liberaler.

Brüssel, 29. März. Der gemäßigtere liberale Senator für Mecheln, Herzog von Ursel, ist als Minister des Auswärtigen designiert.

Frankreich.

Das neuerliche Dynamitentat in Paris hat nicht bloß dort, sondern nach den aus anderen Hauptstädten kommenden Berichten überall einen tiefen Eindruck gemacht, nicht so sehr wegen der Verwundung, die die Thatfache erwecken muß, daß man entgegen früheren Angaben richtig weiß, was sich noch ein Teil des gestohlenen Dynamits befindet und wohin es verschleppt worden ist, als deswegen, weil man mit den Folgen rechnen muß, welche die in Paris am sich greifende Unruhe auf die französischen Verhältnisse selbst ausüben könnte. Berichte aus Paris bestätigen denn auch nicht bloß die Zunahme der Verwundung, sondern auch die wachsende Stimmung über die Regierung, die, wie es sich zeigt, der erforderlichen Umsicht und Kraft entbehrt. Zunächst kommt diese Vermutung dem ehemaligen Minister Constans zu statten, da es sich die Leute nicht nehmen lassen, daß, was freilich nicht erwiesen ist, es der starken Hand des Ministers gelangen wäre, dem verbrecherischen Treiben der Anarchisten erfolgreich zu steuern. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn die herrschende Stimmung zur Erschütterung des Kabinetts führen sollte.

Paris, 29. März. (W. L. B.) Deputiertenkammer. Der Kriegsminister Freycinet recht fertigte die Ueberbreitung des Kredits mit der Erhöhung der Fleischpreise, mit den großen Minderungen, welche zu befriedigenden Resultate ergeben hätten; er sei nur der Tradition gefolgt, wenn er die Forderung eines Kredites vorzeitig vorgelegt habe, ohne die Ziffer der Ausgaben genau festgesetzt zu haben. Der Kammer stehe es frei, eine andere Methode zu bezeichnen. Er erinnere an die Fortschritte der Armee unter seinem Befehle, an die Bildung von 19 Bataillonen, 40 Schwadronen und 35 Batterien erster Linie, an die Bildung von gemischten Regimentern, die eine nur unbedeutende Erhöhung der Ausgaben verursacht habe. Niemals sei eine

Armee besser befehligt gewesen, ihre Führer verdienten Vertrauen. Wenn dies Vertrauen erschüttert würde, würde er nicht Minister bleiben. (Anhaltender Beifall.) Alsdann erklärte Freycinet, er nehme die von der Budgetkommission vorgeschlagene Streichung des Budgets an, aber nur unter der Bedingung, daß dieselbe keinen Tabul enthalte. — Der Vertriebsminister und der Präsident der Budgetkommission protestierten gegen jede Idee eines gegen den Minister persönlich gerichteten Angriffes. — Pelletan verlangte nähere Ausführungen. — Deroude protestierte im Interesse der Armee gegen die Herabminderung des Kredits. — Schließlich wird der Kredit mit der von Freycinet angenommenen Herabminderung genehmigt und die gesamte Kreditvorlage mit 416 gegen 23 Stimmen angenommen. — Zahlreiche Deputierte beklagten die Freycinet. Demnach wird am Sonnabend den Minister des Auswärtigen Ribot über die Lage in Madagaskar befragen.

Deputiertenkammer. Der Gesetzentwurf, wodurch die im April 1891 unterzeichneten internationalen Uebereinkommen zum Schutze des industriellen Eigentums genehmigt werden, wurde angenommen. Hierauf trat die Kammer in die Beratung der Ergänzungskredite für das Kriegsministerium. Raiberti (radikal) und Pion (konservativ) werten der Kriegsverwaltung vor, gewisse Ausgaben, hauptsächlich diejenigen für Minderungen, verheimlicht, sowie Ausgaben für Ernährung der Truppen vorgelegt zu haben, die gar nicht gemacht worden seien.

Paris, 29. März. (W. L. B.) Senat. Der Supplementarkredit im Betrage von 12 Millionen für die Kolonien wurde bewilligt und darauf die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Frauen- und Kinderarbeit wieder aufgenommen. Derselbe wurde angenommen.

Paris, 29. März. (W. L. B.) Der heutige Ministerrat beschäftigte sich mit dem dynamit-Attentat in der Rue de Cligny. Nach dem Ministerrat konstituierte der Ministerpräsident Ribot mit dem Justizminister, mehreren Justiz-Beamten und dem Polizeipräsidenten. Man glaubt, daß sehr wichtige Beschüsse gefaßt worden sind. Man ist jetzt überzeugt, daß Raabach der Urheber der Attentats auf dem Boulevard St. Germain und in der Rue de Cligny ist. Die Polizei ist auf seiner Spur, die meisten seiner Komplizen sind bereits verhaftet.

Der Minister des Auswärtigen Ribot empfing heute Vormittag den deutschen Botschafter Grafen Münster vor dessen Abreise nach Deutschland. Ein amtliches Telegramm aus Porto Novo berichtet, während einer Rekonstruktion auf dem Wenne-Kusse wurde ein Kanonenboot, auf welchem sich der Stellvertreter des Gouverneurs der Südländ, Truppen-Kommandant Valot, befand, ohne jeglichen Anlaß durch eine Schaar Dahomeier mit Flintenschüssen angegriffen.

Paris, 29. März. (W. L. B.) Der Erzbischof von Paris erließ eine Verordnung, wonach die Konferenzen in den Kirchen nicht mehr stattfinden sollen.

Paris, 29. März. (W. L. B.) Die Pfarrer der Kirchen von St. Merri und St. Joseph de Belleville theilten dem Polizeipräsidenten persönlich mit, daß sie ihre Vorträge in Folge des ihnen zugegangenen Auftrages eingestellt hätten, da sie der Regierung keinerlei Verlegenheit bereiten wollten.

Italien.

Rom, 25. März. Gestern ist der große Prozeß zu Ende gegangen, der das Nachspiel der am ersten Mai verfloffenen Jahres auf Piazza Santa Croce in Gersusalemme abgehaltenen Volksversammlung bildete. Etwa 70 Leute, meist jugendliche Anarchisten, waren angeklagt, eine Verbrechergesellschaft gebildet zu haben. Man hatte dabei die in den letzten Jahren zu Rom konstituierte Assoziation der Anarchisten als Verbrechergesellschaft angesehen. Im Verlauf des Prozesses kam es zu Szenen, wie sie bis dahin wohl noch nicht in einem Gerichtssaale erlebt worden. Die 70 Anarchisten, von den 40 sie verteidigenden Advokaten angeregt, ergingen sich nicht nur täglich in Apologien der Anarchie und der sozialen Revolution, sondern sie benahmen sich auch höchst ungehörig: in ihrem Ruffig unterhielten sie sich mit lauter Stimme, lasen Zeitungen und rauchten sogar. Keine Gelegenheit ließen sie vorbeigehen, ohne gegen die Polizei, ja gegen das Gericht Beschimpfungen zu schleudern. So mußte der Prozeß verschiedene Male unterbrochen, ein Wechsel im Vorsitz des Gerichtshofes vorgenommen, und schließlich der Prozeß in Abwesenheit der Angeklagten abgewickelt werden. In der That, wenn der Prozeß zu Ende kam, so ist dies dem Umfange zu danken, daß die Angeklagten nicht mehr zu den Sitzungen zugelassen wurden. Das Gericht hat in seinem Urtheil die auf Theilnahme an einer Verbrechergesellschaft gerichtete Anklage zurückgewiesen, dagegen angenommen, daß es sich um eine Gesellschaft handelte, die auf Verherrlichung solcher Thaten, die als Verbrechen angesehen sind, auf Aufreizung zum Haß zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen, und auf Ungehörigkeit gegen die Staatsgewalt abzwelt, Verbrechen, die in den Artikeln 247 und 251 des Strafgesetzbuches vorgesehen sind. Da die Verbrechergesellschaft nicht in Betracht kam, so konnten die Strafen natürlich nicht sehr hoch bemessen werden, es genügt zu bemerken, daß die belagerten Anarchistenführer Cipriani und Palla, die zu den bei genannter Volksversammlung stattgehabten Unordnungen aufgereizt hatten, nur zu zwei Jahren acht Monaten Gefängnis, 1500 Lire an Stellung unter Polizeiaufsicht für drei Jahre verurtheilt wurden. Die übrigen zu geringeren Strafen. Der deutsche Student Körner wurde zu 17 Monaten Gefängnis und 500 Lire Geldstrafe verurtheilt. Im Ganzen hat das Urtheil allenfalls einen guten Eindruck gemacht, denn wenn auch alle die Nothwendigkeit und Gerechtigkeit einer Bestrafung anerkannten, so konnten sich doch nur die Wenigsten davon überzeugen, daß Leute, denen man öffentlich die Hand drückt, gemeine Verbrecher seien. Hätte das Gericht die Anarchisten für Verbrecher wie die Briganten erklärt, so hätte sich die Anrede des Militärtribunals um sie gebildet, und ihre Propaganda wäre, anstatt zurückgedrängt, begünstigt worden. Nun ist vielmehr nach dem Urtheil von gestern die Sache der Anarchisten discreditiert als früher.

Rom, 29. März. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer beantragte Caxio die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, zunächst für

Annahme von Inzeraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. J. Barck & Co. Hamburg Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

den gegenwärtig unter den Waffen befindlichen Jahrgang 1871. Der Kriegsminister befürwortete die Veranlassung dieses Antrages und künftige eine Regierungsvorlage an, betreffend die Einführung einer zwischen einem und drei Jahren schwankenden Dienstzeit. Ein Antrag auf Vertagung der Beratung des Ansehungsgegesetzes wurde auf Verlangen des Kriegsministers abgelehnt.

Im Vatikan herrscht eine lebhafteste Bestimmung wegen der Drohung des französischen Ministerpräsidenten Combes, die zu sozialen Erörterungen mißbrauchten Kirchen zu schließen.

Rom, 29. März. (W. L. B.) Im Auftrage der Regierung wird sich der Generalsekretär im Auswärtigen Amt Staatsrath Maloano morgen nach Venedig begeben, um anlässlich der bevorstehenden Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen in Zürich Aufklärungen hinsichtlich derjenigen Punkte zu geben, über welche eine Einigung bisher nicht erzielt worden ist.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 29. März. Der König wird auf seiner demnächstigen Erholungsreise voraussichtlich in Bad Ems längeren Aufenthalt nehmen. Es heißt sich, daß die Königin vier Wochen in Villa Schaffhausen bei Hönne wohnen, und daß das Königspaar den Bruder der Königin, den Großherzog von Luxemburg, besuchen wird. Ende Mai nimmt König Osar an der goldenen Hochzeit in Kopenhagen theil. Die Kronprinzessin von Schweden verläßt in der nächsten Zeit Ägypten, bleibt einige Wochen in Palermo und trifft Anfang Juli in Schweden ein. Ihre chronische Bronchitis hat sich gebessert, der Kräftezustand aber ist noch kein guter.

Großbritannien und Irland.

London, 29. März. (W. L. B.) Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Lowther, erklärte, die Konsulate in Ausland seien angewiesen, die dortigen Auswanderer vor der Einwanderung in England zu warnen.

Der erste Lord des Schatzes, Balfour, erwiderte auf eine Anfrage, den sich selbst regierenden englischen Kolonien stände es frei, eine Handelsunion oder einen Zollverein unter einander zu bilden. In den australischen Kolonien könne dies nur unter den in dem Zollgesetz enthaltenen Beschränkungen stattfinden. Großbritannien könne einen solchen Verein mit beitreten, wenn Belgien und das deutsche Reich eine gleiche Behandlung fänden. Wenn irgend welche Kolonien einen Handelsverein oder einen Zollverein zu bilden beabsichtigten, was bisher nicht erfolgt sei, so müßte England, falls die bestehenden Verträge mit Belgien und dem Zollverein Hindernisse für den Beitritt bieten sollten, feststellen, unter welchen Bedingungen eine Beilegung der Beschränkungen möglich wäre und müßte seine Politik dementsprechend einrichten.

England.

Das seiner Zeit von der Petersburger Stadtbeförderung angekauft, „Bucherle Mehl“, dessen Untersuchung eine wunderbare Auswahl aller möglichen unverdaulichen Stoffe ergab, und bezüglich dessen noch gegen verschiedene Stadträthe, wie gegen den Vizepräsidenten der gerichtliche Untersuchung schwebt, findet nunmehr die richtige Verwendung. Wie die „Birch. Wch.“ berichten, sind vom Stadtrat kürzlich 30 Waggons von der schlimmsten Sorte des berüchtigten Mehl zu 3 Rubel pro Rubel verkauft worden. Der Käufer mußte sich dabei schriftlich verpflichten, das Mehl aus der Residenz zu schaffen und als Viehfutter zu verwenden.

Petersburg, 28. März. Nach einer Meldung aus Witebsk sind von den Anstiftern und Theilnehmern der im vorigen August stattgehabten Minderungen an den mit der Eisenbahn fortzuführenden Getreideverträgen namentlich drei Angeklagte, welche dem Bezirksgerichte überwiesen waren, von den Geschworenen freigesprochen worden. Von 49 in derselben Angelegenheit dem Friedensrichter überwiesenen Personen wurden 11 freigesprochen und 34 zu Arrest von drei Monaten bis drei Wochen verurtheilt. Vier Angeklagte waren nicht erschienen. Ueber eine Reihe wegen derselben Ausfressungen angeklagten Personen wird im April vom Appellationshofe verhandelt werden.

Die „Moskauer Zeitung“ meldet, der Generalgouverneur von Turkestan soll beauftragt werden, solche Ausländer aus diesem Gebiete anzuweisen, die sich dort als schädlich oder gefährlich erweisen.

Aus den baltischen Provinzen, 26. März. Wie als sicher verlautet, ist die Russifikationsbestimmung nun auf das Dorfenomietee und die Börsenbank zu Riga gerichtet worden. Ueber die Einführung der russischen Geschäftssprache in diesen Körperschaften wurde sieben in den Regierungsfreien beraten. Mit der bereits beschlossenen Russifizierung des Rigauer Polytechnikums will man in nächster Zeit beginnen.

Serbien.

Immer deutlicher zeigt es sich, daß Rußland bei der letzten Art, wie König Milan veranlaßt worden ist, auf die serbische Staatsbürgerschaft zu verzichten, seine Hand im Spiele hatte. Schon als bekannt wurde, daß die Wolga-Kanalarbe die an Milan gezahlten 2 Millionen Franken verzögerte und die Zahlung durch den russischen Botschafter in Paris Baron Mohrenheim erfolgt ist, war es ziemlich klar, daß das Geld von russischer Seite herfließt. Dies wird nun bestätigt, und welcher Dienst damit der serbischen Regierung geleistet worden ist, ergibt man daraus, daß sie hierdurch zugleich aus der Verlegenheit befreit wird, die ihr erwachsen wäre, wenn sie die Zahlung an Milan von der Hauptkassa hätte verantworten müssen. Daß indessen Rußland mit seiner Großmuth gegen Milan irgendwelche Zwecke verfolgt, ergibt man daraus, daß nun auch die Annahme Wilans in den russischen Staatsverband bestätigt wird und zwar mit dem Beifügen, daß ihm der Zar ein Jahresgehalt von 48,000 Franken bewilligt habe. Es scheint, daß man russischerseits den König noch immer als ein Instrument betrachte, dessen man sich unter Umständen bedienen könne, zumal dem jungen König Alexander das Recht gewährt worden ist, nach seiner Großjährigkeit das seinen Vater betreffende Gesetz wieder aufzuheben.

